



Folgen aller Corona-Maßnahmen aufdecken!

Die Landesregierung hat eine Datenerhebung und eine Wirksamkeitsprüfung der Maßnahmen unterlassen. Statt fakten- und datenbasiertes Krisenmanagement zu betreiben, versuchte die Landesregierung den Rückgang der Fallzahlen mit ungeeigneten Mitteln zu erzwingen. Die Impfung, die nicht vor Ansteckung oder Übertragung schützt, war eines davon. Die Landesregierung kam ihrer Verpflichtung, die Bürger zu schützen, nicht nach. Im parlamentarischen Untersuchungsausschuss klären wir die Unverhältnismäßigkeit der Corona-Maßnahmen.

Wir fordern:

- ▶ Fakten- und evidenzbasierte Aufklärung aller Impfnebenwirkungen!
- ▶ Zuordnung der Verantwortlichkeit für den falschen Kurs des RKI!

FÜR SIE IM CORONA-UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS:

Dr. Hans-Christoph Berndt
Lars Günther
Lars Hünich
Dr. Daniela Oeynhausen (v.l.n.r.)



Dafür sorgen Ihre Vertreter der AfD im Untersuchungsausschuss „Corona“:

- ✓ Zuweisung der Verantwortung!
- ✓ Anerkennung aller Impfschäden!
- ✓ Amnestie für Corona-Bußgelder!
- ✓ Rehabilitierung der „Corona-Kritiker“!

So!geht Demokratie.



Herausgeber:
AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg
Alter Markt 1
14467 Potsdam

Telefon:
0331/ 966 1806
E-Mail:
info@afd-fraktion.brandenburg.de

*Diese Publikation darf nicht für Partei- oder Wahlkampfw Zwecke verwendet werden.
Erstellungsdatum: April 2023*



So!geht Aufklärung.

Auf Antrag der AfD-Fraktion wurde der Untersuchungsausschuss „Corona“ eingesetzt. Er ist der einzige parlamentarische Corona-Untersuchungsausschuss in Deutschland.

So!geht Demokratie.



Evidenzbasierte Wissenschaft, keine Panikmache!

Die Corona-Krisenpolitik löste die schlimmste Gesellschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg aus. Seit dem ersten Lockdown im März 2020 handelte die Politik irrational, obwohl freiheitseinschränkende Maßnahmen gut begründet sein müssen. Bis heute gibt es keine belastbaren Daten, die ein vernünftiges Handeln der Politik begründen könnten. Kein Regierungspolitiker gesteht Fehler ein oder fühlt sich für das Versagen verantwortlich, niemand muss für die übertriebenen Maßnahmen haften. Das wollen wir ändern. Politiker müssen für ihre Entscheidungen haftbar gemacht werden. Über weitreichende Maßnahmen müssen die Bürger mitentscheiden. Dafür setze ich mich bei der Aufarbeitung der Corona-Chaos-Jahre im Landtag Brandenburg ein.



Lars **Hünich**

OBMANN DER AFD-FRAKTION BRANDENBURG
IM UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS
„CORONA“ I UND II



HAFTUNG

Aufklärung der Verantwortung!

Zwei Drittel aller Corona-Toten waren über 80 Jahre alt, die Krankenhäuser waren zu keinem Zeitpunkt überfüllt. Alle Maßnahmen sollten eine Überlastung des Gesundheitssystems verhindern und die vulnerablen Gruppen schützen, ganz besonders die alten Menschen. Die Maßnahmen haben ihr Ziel verfehlt. Sie waren weder verhältnismäßig noch angemessen. Im parlamentarischen Untersuchungsausschuss klären wir, wer dafür die Verantwortung trägt.

Wir fordern:

- ▶ Benennung aller Verantwortlichen für die unverhältnismäßige Politik!
- ▶ Aufdeckung aller Inhalte der Ministerpräsidentenkonferenz!

Hier geht's zu den Anträgen (Drucksachen 7/1991 und 7/6555):



MITBESTIMMUNG

Amnestie für Corona-Verstöße!

Die Landesregierung hat in der Krise versagt, Demokratie und Meinungsfreiheit waren ihr gleichgültig. Menschen, die vor den Folgen von Lockdowns, Schulschließungen, Kontaktverboten und einer Impfpflicht warnten oder dagegen demonstrierten, wurden stigmatisiert und als Demokratiefeinde beschimpft. Die Landesregierung setzte sich bei diesen weitreichenden Grundrechtseinschränkungen über den Willen der Bürger hinweg. Im parlamentarischen Untersuchungsausschuss klären wir, wie es zum Demokratiever-sagen kam.

Wir fordern:

- ▶ Rehabilitation der stigmatisierten Experten und Meinungsfreiheit für Bürger!
- ▶ Rückerstattung aller Straf- und Bußgelder im Zusammenhang mit Corona-Maßnahmen!

